

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 10. Dezember 2015

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/12bm>

Erneuerbare Energien ausbauen

Das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) wird reformiert. Im Sinne des Klimaschutzes und eines Strukturwandels in Energiewirtschaft und Industrie ist es nötig, die Ausbauziele für erneuerbare Energien anzuheben. Daran ist auch die wirtschaftliche Entwicklung Bremens und Bremerhavens (vor allem im Offshore-Windenergie-Bereich) gekoppelt. Mit einem Antrag wird der Senat aufgefordert, im Bundesrat bei der Reform des EEG auf einen stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien hinzuwirken, besonders das Ausbauziel für Offshore-Wind 2030 betreffend.



Die energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin Anne Schierenbeck fasste die Ziele des Antrags zusammen: Höhere und ambitioniertere Ausbauziele für erneuerbare Energien sind eine Voraussetzung für den Ausstieg aus der Kohleverstromung und tragen dazu bei, dass Deutschland seine Klimaziele für 2020

noch erreichen kann. Investitionen in erneuerbare Energien rechnen sich volkswirtschaftlich und können die lokale Wertschöpfung steigern. Dafür ist es aber wichtig, dass den Genossenschaften das Arbeiten durch zukünftige EEG-Novellen nicht noch schwerer gemacht wird. Bremen und Bremerhaven profitieren besonders vom Ausbau der Windenergie an Land und auf der See.

Krise der Milchwirtschaft bekämpfen

Nachdem die Milchquote der Europäischen Union aufgehoben wurde, mit der die Produktion von Milch beschränkt worden war, ist die produzierte Milchmenge gestiegen, ohne dass die Nachfrage zugenommen hätte. Auch die Nachfrage für den Milch-Export ist gesunken. In der Folge fallen die Preise, mit einem Betrag von unter 30 Cent pro Liter Milch können die landwirtschaftlichen Betriebe nicht einmal mehr die Kosten decken. Besonders kleinere Milchviehbetriebe sind in ihrer Existenz bedroht. Ein rot-grüner



Antrag betont die Bedeutung der regionalen und ökologischen Milchwirtschaft für Bremen und fordert die Bundesregierung auf, die von den LandwirtschaftsministerInnen bereits beschlossenen Entlastungsmaßnahmen umzusetzen.

Der landwirtschafts- und ernährungspolitische Sprecher Jan Saffe verwies auf Auswege aus der Lage, denn die Landwirtschaft können selbst Teil eines Systemwechsels sein. Einige Landwirte in Bremen hätten erkannt, dass die derzeitige Produktionsweise keine Zukunft



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

haben, immer mehr Bauern in Bremen sind umgestiegen auf den ökologischen Landbau. Bis auf einen haben sie sich von der Deutsche Milchkontor/Humana (DMK), die lediglich 26 Cent pro Liter Milch zahlt, verabschiedet und liefern ihre Milch an die Hofmolkerei Dehlwes. Die zahlt ihnen derzeit 47 Cent. Die Milch und die Molkereiprodukte bleiben hier vor Ort, werden also nicht nur regional erzeugt, sondern auch regional vermarktet.

Menschenrechte der Uiguren schützen

Die Uiguren gehören zu den ältesten Turkvölkern. Sie leben überwiegend in der „Autonomen Uigurischen Region Xinjiang“ in China. In China werden Minderheiten immer wieder Opfer von Unterdrückung und Verfolgung – insbesondere dann, wenn sie nach Unabhängigkeit streben. Die seit langem prekäre wirtschaftliche, soziale und politische Lage der Uiguren hat sich insbesondere seit dem 11. September 2001 sehr verschlechtert. Viele Uiguren haben Angst, sozial, kulturell und politisch überrollt zu werden. Immer wieder kommt es zu Unruhen und Protesten. Meist werden diese mit großer Härte niedergeschlagen. Die jüngsten massiven Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang haben zu einer erneuten Flüchtlingswelle geführt. Zum Internationalen Tag der Menschenrechte heute hat die Bürgerschaft einen Antrag beschlossen, unter anderem fordert, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Anerkennung der Uiguren als politisch Verfolgte überprüft und Abschiebehindernisse anerkennt.



Mustafa Öztürk, Initiator des Antrags, erläuterte die Menschenrechtsverletzungen, unter denen die Uiguren, die mehrheitlich dem sunnitischen Islam angehören, zu leiden haben. Dazu gehört auch die Einschränkung der Religionsfreiheit. Religionsunterricht in den Schulen ist nicht erlaubt, und schon der Besitz

des Korans hat in der Vergangenheit zu Verhaftungen von Lehrkräften und SchülerInnen geführt. Weiterhin wird die Bewegungsfreiheit massiv durch das Verbot, uigurische Kinder auf Schulen im Ausland zu schicken, eingeschränkt. Und die Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit der Uiguren wird restriktiv gehandhabt. Seit dem Jahr 2003 ist die uigurische Sprache an den Schulen und in den Medien verboten. Es gibt unzählige Aussagen über Folter von Uiguren in Haftanstalten und Arbeitslagern. In Xinjiang werden landesweit die meisten Todesurteile verhängt.

Plastiktüten sind Ressourcen- und Klimakiller

Die Meere werden jährlich mit zehn Millionen Tonnen Müll belastet. Drei Viertel davon sind Kunststoff, davon ein Hauptbestandteil Plastiktüten. Im Jahr sterben an den Folgen etwa eine Million Seevögel und bis zu 100.000 Meeressäuger. Ebenso belastend ist industriell hergestelltes Mikroplastik, das häufig zum Beispiel in Kosmetikartikeln verwendet wird. Diese Mikroplastikpartikel gelangen über die Kanalisation ins Meer, denn sie können in Kläranlagen nicht herausgefiltert werden. Und damit gelangen sie über die Nahrungskette bei für den menschlichen Verzehr vorgesehenen Lebensmitteln. Ein heute beschlossener Antrag fordert, dass sich der Senat auf Bundesebene für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikartikeln und gegen die kostenfreie Abgabe von Plastiktüten einsetzen soll.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de



Die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer machte eine beeindruckende Rechnung auf: Für die Herstellung einer Plastiktüte wird die doppelte Menge Erdöl benötigt. Hochgerechnet werden in Deutschland im Jahr 5,2 Milliarden Plastiktüten verbraucht, wofür 260 Millionen Liter Erdöl

gebraucht werden. Und im Vergleich zu anderen Ländern wie den USA oder asiatischen Ländern ist das noch moderat. Mit den Millionen Tonnen CO₂, die bei der Herstellung anfallen, sind Plastiktüten nicht nur Ressourcen-, sondern auch Klimakiller.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de